

Integration durch Bürgerschaftliches Engagement (Arbeitspapier für die Beratungen zum Integrationsplan)

Eine aktive Bürgergesellschaft ist geprägt durch ein hohes Maß an aktiver Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger bei der Gestaltung des Gemeinwesens. Bürgerschaftliches Engagement basiert auf Freiwilligkeit und kann nicht verordnet werden. Wenn es sich weiter entfalten soll, bedarf es der Motivation, Ermutigung und Ermöglichung. Daraus ergeben sich weitreichende Konsequenzen für die Gestaltung einer engagementfördernden Politik in Bund, Ländern und Kommunen. Eine aktive Bürgergesellschaft braucht einen Staat, der fruchtbare Voraussetzungen für das Engagement schafft. Der Staat trägt – gemeinsam mit Organisationen der Bürgergesellschaft und mit Unternehmen als „guten Bürgern“ (Corporate Citizen) – dazu bei, Zugänge zum Engagement auch für diejenigen zu schaffen, die sich bislang noch nicht freiwillig engagieren. Die Bürgergesellschaft gründet sich auf den Gedanken der Partnerschaftlichkeit. Dies gilt sowohl für das Verhältnis des Staates zu seinen Bürgerinnen und Bürgern, als auch für die Zusammenarbeit von hauptamtlichen mit freiwilligen Akteuren innerhalb der Organisationen. Es geht um eine Kommunikation auf Augenhöhe, in der nicht über, sondern gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern bzw. den Engagierten beraten und entschieden wird.

1. Rolle des Bürgerschaftlichen Engagements für die Integration

Bürgerschaftliches Engagement ist ein Schlüssel für das soziale Miteinander in der Gesellschaft und leistet damit auch einen wichtigen Beitrag zur Integration von Zuwanderern, der bislang in der politischen Debatte unterschätzt wird. Das gilt sowohl für Bürgerschaftliches Engagement von Migrantinnen und Migranten in eigenethnischen Organisationen als auch für das gemeinsame Engagement von Deutschen und Zuwanderern. Bürgerengagement ist ein geeigneter Weg, sich in die deutsche Gesellschaft zu integrieren, ohne dabei die eigene Identität zu verlieren. Die Einbeziehung von Migrantinnen und Migranten in Vereinen, Organisationen etc. vermittelt Teilhabe- und Mitgestaltungsmöglichkeiten und fördert die Übernahme zivilgesellschaftlicher Verantwortung.

Zu einer nachhaltigen Infrastruktur der lokalen Engagementförderung zählen – neben Verbänden und Hilfsorganisationen – spezielle Einrichtungen wie Freiwilligenagenturen und –zentren, Seniorenbüros, Selbsthilfekontaktstellen, kommunale Arbeitsgemeinschaften der Selbsthilfe, lokale Anlaufstellen, Bürgerbüros u.a., die sich zu wichtigen Knotenpunkten lokaler Engagementförderung entwickelt haben. Bei der Entwicklung von Aufgabenprofilen und tragfähigen Finanzierungskonzepten trägt der Bund eine besondere Verantwortung im Rahmen der Modell- und Innovationsförderung. Hier kann der Bund wichtige Impulse und Anstöße geben.

- Integrationspolitik muss stärker berücksichtigen, welchen Beitrag das Bürgerschaftliche Engagement von Migrantinnen und Migranten zur Bildung von Vertrauen in die politischen Institutionen und die Gesellschaft des Aufnahmelandes leistet. Die Rahmenbedingungen für Bürgerschaftliches Engagement müssen so gestaltet werden, dass sie auch den Bedürfnissen der Migrantinnen und Migranten Rechnung tragen.

2. Engagement von Migrantinnen und Migranten

Das Engagement von Migrantinnen und Migranten als eigenständige Bevölkerungsgruppe ist in Deutschland noch weitestgehend unerforscht. Es liegen lediglich Arbeiten zu einzelnen Städten und Gemeinden sowie zu bestimmten Migrantengruppen vor. Diese deuten darauf hin, dass beim Engagement von Migrantinnen und Migranten noch Entwicklungspotential besteht. Dabei muss beim Engagement generell zwischen den Generationen unterschieden werden. Migrantinnen und Migranten der ersten Generation sind eher in ethnischen Ver-

einen wie Kulturvereinen aktiv; in der zweiten Generation ist das Engagement in deutschen Vereinen stärker. Sport, Kultur, Geselligkeit, aber auch Jugend- und Bildungsarbeit und vor allem religiöse Vereinigungen sind wichtige Bereiche des Bürgerschaftliches Engagements von Migrantinnen und Migranten in Deutschland. Dabei sind sie jedoch in deutschen Organisationen deutlich seltener in einer Leitungsposition vertreten. Insbesondere in den klassischen deutschen Einsatzfeldern des freiwilligen Engagements, wie z.B. bei der Freiwilligen Feuerwehr, im Umwelt- und im Tierschutz sowie in lokalen Bürgerinitiativen etc. sind Migrantinnen und Migranten noch deutlich unterrepräsentiert. Die Studien zeigen, dass für eine Steigerung freiwilligen Engagements von Migrantinnen und Migranten Anstöße und Unterstützung von außen notwendig sind. Unter vielen Zugewanderten herrscht der Eindruck, dass sie bei deutschen Organisationen nicht willkommen sind.

- Deshalb gilt es, die klassischen Engagementstrukturen in deutschen Organisationen stärker für Migrantinnen und Migranten zu öffnen, sie besser zugänglich und interessanter zu machen und Zugangsbarrieren abzubauen. Vor allem die Bereitschaft, aktiv auf Migrantinnen und Migranten zuzugehen und für ihr Engagement zu werben, ist gefragt. Dabei muss bewusst auch auf Sprachbarrieren eingegangen und Informationsmaterial in verschiedenen Sprachen angeboten werden, um gerade Migrantinnen und Migranten der älteren Generation zu erreichen. Wichtig ist, eine Kultur der Anerkennung zu etablieren, in der sich alle Bevölkerungsgruppen einbringen können.
- Eine oft unterschätzte Bedeutung für die Integration kommt dem Engagement in Migrantenselbstorganisationen zu. Ihr Beitrag zur Integration ist jedoch wenig bekannt und auch in der Forschung kaum beleuchtet. Vorschnell wird oft auf „Parallelgesellschaften“ hingewiesen, ohne zu berücksichtigen, dass eigene Organisationsformen im Aufnahmeland keineswegs automatisch Ausdruck von Separierung sind. Es fehlt an systematischem Wissen über Migrantenselbstorganisationen auf der Ebene des Bundes und der Länder und es fehlt an einer Fachdiskussion, in der positive Beiträge von Migrantenselbstorganisationen zur Integration hervorgehoben werden. Migrantenselbstorganisationen werden bislang nur in Ausnahmefällen durch öffentliche Mittel unterstützt oder Träger von zuwendungsfähigen Projekten. Es fehlt aber auch an Kriterien, die deutlich machen, welche Voraussetzungen bestehen müssen, damit Migrantenselbstorganisationen gefördert werden und unter welchen Bedingungen sie nicht gefördert werden. Erforderlich ist das Engagement des Bundes bei der Forschung zu Migrantenselbstorganisationen, aber auch das andauernde Gespräch mit ihnen und ihre Einbeziehung in Förderprogramme.
- Zudem sind weitere Studien über das Engagement von Migrantinnen und Migranten notwendig, die quantitativ das Engagement erfassen und seine Rahmenbedingungen sowie die subjektive Perspektive der Migrantinnen und Migranten und ihre Motive für freiwillige Tätigkeiten mit einbeziehen.

3. Beteiligungsdefizite von Migrantinnen und Migranten abbauen

Integration kann nur funktionieren, wenn alle Bevölkerungsgruppen aktiv an Konzepten und Projekten mitarbeiten. Aufgabe des Bürgerschaftlichen Engagements ist dabei, auf Beteiligungsmöglichkeiten in der Gesellschaft und in der Politik hinzuweisen und einen Raum für Beteiligung zu bieten. Hier gibt es Defizite. Denn auch wenn politische Mitbestimmungsrechte gegeben sind, werden sie von den Migrantinnen und Migranten nicht beansprucht. Ein Beispiel ist die mangelnde Wahlbeteiligung der Unionsbürgerinnen und -bürger bei den Kommunal-Wahlen und der Wahl des Europäischen Parlaments. Obwohl 1994 das kommunale Wahlrecht eingeführt wurde, haben nur ca. 15-30% davon Gebrauch gemacht. Bei der Wahl zum Europäischen Parlament beteiligten sich 1994 nur 6,1%.

- Der Bund sollte die Einführung des kommunalen Wahlrechts für MigrantInnen aus Nicht-EU-Staaten prüfen.
- In den vom Bund geförderten Infrastruktur- und Netzwerkprojekten und Ausschreibungen muss eine angemessene Beteiligung von MigrantInnen bzw. Migrantenorganisationen als Träger gewährleistet werden.
- Migrantinnen und Migranten müssen in den Fachbeiräten und Kuratorien als ExpertInnen angemessen beteiligt werden.
- Kommunen, Parteien und die Landeszentralen für politische Bildung müssen gemeinsam aktiv werden, um mit gezielten Angeboten Migrantinnen und Migranten stärker für kommunale Politik zu interessieren und ihnen ihre Beteiligungsmöglichkeiten bewusst zu machen.
- Ein positives Beispiel, das den sozialen und kulturellen Zusammenhalt fördert und Ausgrenzungen entgegen wirkt, ist das von der SPD initiierte Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“. Es ermöglicht die Umsetzung stadtteilspezifischer, adressatenorientierter Projekte, um die Wohn- und Lebensbedingungen in so genannten „Brennpunkten“ zu verbessern, Gemeinschaftsgefühl zu fördern und die Identifikation der Bewohner mit ihrem Stadtteil zu stärken. Diese Projekte eignen sich ideal, um auch Migrantinnen und Migranten in die aktive Gestaltung ihrer Wohnumgebung einzubinden und müssen deshalb ausgebaut werden.

4. Bildung als Motor für das Engagement stärken

Neben mangelnden Informationen über Beteiligungsmöglichkeiten stellt für die Zugewanderten oft die Sprache eine große Hürde dar, um sich stärker in deutschen Vereinen zu engagieren. Schulbildung und Spracherwerb sind hier unabdingbare Voraussetzungen nicht nur für gelingende Integration, sondern auch für bürgerschaftliches Engagement. Eine Studie des Zentrums für Türkeistudien über das Engagement von Türkinnen und Türken in Deutschland hat gezeigt, dass höhere Bildung und längere Aufenthaltsdauer eine aktive gesellschaftliche Beteiligung begünstigen. Freiwilliges Engagement und Beteiligung werden durch bessere bildungsmäßige, berufliche und finanzielle Voraussetzungen gefördert.

- Deshalb muss bereits in der Schule dafür gesorgt werden, dass Kinder die deutsche Sprache beherrschen. Indem Bürgerschaftliches Engagement fest in den Lehrplan integriert wird, können auch Eltern mit Migrationshintergrund stärker für Vereins- und Schulprojekte gewonnen werden. Interkulturell geschultes Lehrpersonal und Lehrkräfte, die eine zweite Muttersprache wie Arabisch, Türkisch oder Russisch beherrschen, helfen ebenfalls, Hürden zu überwinden.
- Ergänzend können Jugendfreiwilligendienste ihre Angebote gezielt auch auf die Bedürfnisse von Jugendlichen mit Migrationshintergrund ausrichten (beispielsweise Möglichkeit des Nachholens von Schulabschlüssen).
- Auch für die ältere Generation müssen Sprachangebote entwickelt werden, um sie für eine aktive Teilnahme in der Gesellschaft zu gewinnen.

5. Bürgerschaftliche Engagement als Form der Selbsthilfe ausbauen

Bürgerschaftliches Engagement als Form der Selbsthilfe ist gerade bei Migrantinnen und Migranten sehr verbreitet und in familiäre Netzwerke integriert. Es hilft alltägliche Hürden zu bewältigen und trägt zur Bildung von sozialem Kapital bei. Hier werden soziale Kompetenzen trainiert, gesellschaftliche Bezüge für Minderheiteninteressen hergestellt und Aktivitäten mobilisiert, die für den individuellen Integrationsprozess förderlich sind. Statt eigen-ethnische Kulturvereine und Moscheen als Gefahr zu sehen und mit Begriffen wie Parallelgesellschaft abzuwerten, muss das Engagement von MigrantInnen, auch innerhalb ihrer eigenen Strukturen, deshalb stärker als Potential erkannt und genutzt werden. Die öffentliche Zuwendung sollte sich verstärkt bemühen, diese Strukturen als Integrationspotential zu nutzen.

- Deshalb sind Projekte wie „Dialog der Kulturen“, „Dialog der Religionen“, Netzwerkbildung mit Kirchen und Religionsgemeinschaften zu fördern.

6. Bürgerschaftliches Engagement in der Gestaltung der älter werdenden Gesellschaft stärken

Der demografische Wandel bringt Herausforderungen, aber auch Chancen mit sich – auch für die Bürgergesellschaft. Bei den aktiven Älteren gibt es ein steigendes Engagementpotential und die Bereitschaft, gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen. Es ist die Aufgabe der Politik in Zusammenarbeit mit gesellschaftlichen Gruppen, durch entsprechende Rahmenbedingungen und Angebote dieses Potential zu mobilisieren. Denn gemeinsames Engagement bietet die Möglichkeit für einen Dialog über die Generationen hinweg. Formen generationsübergreifenden Engagements, beispielsweise im Rahmen generationsübergreifender Freiwilligendienste sind daher besonders zu fördern. Dabei muss besonderes Augenmerk auf die Einbindung älterer Migranten und Migrantinnen gelegt werden, die bisher in deutschen Engagementstrukturen nur selten vertreten sind.

7. Öffentliche Anerkennung, Information und Transparenz schaffen

Bürgerschaftliches Engagement ist vielfältig und entsteht aus den verschiedensten Motiven und Bedürfnissen heraus. Deshalb ist es notwendig eine spezielle Form der Anerkennung oder Ehrung zu schaffen, die den verschiedenen Gruppen wie Jugendliche, Senioren, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer oder Migrantinnen und Migranten gerecht wird. Formen der Anerkennung können sein: traditionelle Formen der Ehrung und Auszeichnung, Angebote der Fort- und Weiterbildung, Bündelung von geldwerten Anerkennungsformen in Engagementpässen oder Landesnachweisen, Freistellungsregelungen in Unternehmen oder Betrieben, Angebote zur Mitbestimmung und Mitgestaltung in Vereinen und Verbänden, sowie eine verstärkte Aufwertung durch mediale Berichterstattung oder Informationskampagnen.

Stand Juli 2007